

## Vaterfreistellung nach Geburt: Warum Deutschland das EU-Gesetz ignoriert

Die Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt Fahrt auf. In diesem Artikel wird die fehlende Freistellung für Väter nach der Geburt eines Kindes in Deutschland thematisiert. Erfahren Sie, welche Auswirkungen dies auf Familien hat und warum die Umsetzung eines entsprechenden Gesetzes zögert.

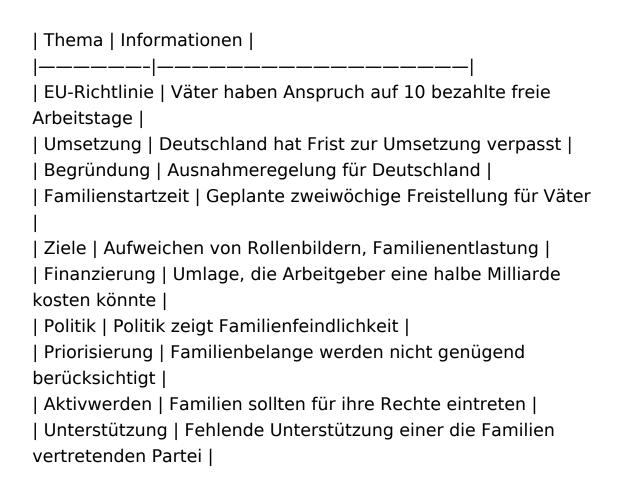
Die erste Wochen nach der Geburt eines Kindes sind für Familien, insbesondere für Mütter, eine große Herausforderung. Ein Vater spielt dabei eine wichtige Rolle und ist unverzichtbar. Eine neue EU-Richtlinie sieht vor, dass Väter nach der Geburt Anspruch auf zehn bezahlte freie Arbeitstage haben. Deutschland hat es jedoch versäumt, diese Richtlinie bis zum Ablauf der Frist im Jahr 2022 in nationales Recht umzusetzen. Dies hat zur Folge, dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat. Das Familienministerium rechtfertigt die Nichtumsetzung mit dem Hinweis auf bereits bestehende Leistungen wie Elternzeit und Elterngeld. Die Parteien der regierenden Ampel-Koalition sind uneins über die Umsetzung des Gesetzes.

Die geplante Familienstartzeit von zwei Wochen für Väter soll nicht nur helfen, traditionelle Rollenbilder aufzuweichen, sondern auch Familien entlasten. Die geplante Finanzierung über eine Umlage, die Arbeitgeber etwa eine halbe Milliarde Euro pro Jahr kosten könnte, stößt jedoch auf Widerstand bei Arbeitgebern und der FDP. Es ist unklar, ob die finanziellen Kosten tatsächlich der Grund für das Zögern bei der Umsetzung sind oder ob dies auf die Beibehaltung traditioneller Rollenbilder zurückzuführen ist.

Die Politik zeigt hier eine bemerkenswerte Familienfeindlichkeit und priorisiert Familienbelange nicht angemessen. Dies zeigt sich auch in anderen Bereichen wie den Schul- und Kita-Schließungen während der Corona-Pandemie und dem Mangel an Betreuungsmöglichkeiten und Bildungsoptionen. Bedürfnisse und Anliegen von Familien werden häufig gegen die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgespielt.

Es könnte an der Zeit sein, dass Familien aktiv werden und für ihre Rechte und Bedürfnisse eintreten. Es fehlt jedoch oft die Unterstützung durch eine Partei, die ihre Interessen vertritt.

## Tabelle:



Quelle: **BERLINER MORGENPOST / ots** 

## Besuchen Sie uns auf: n-ag.de